

Deutsche Wohnen

Eine Klatsche für den Senat

MICHAEL MAIER

Das Scheitern der Fusion von Deutscher Wohnen und Vonovia ist auch eine herbe Niederlage für Berlins Regierenden Bürgermeister Michael Müller. Er hatte sich als Anwalt der Mieter präsentiert, weil er 20.000 Wohnungen aus dem Bestand der Deutsche Wohnen übernehmen wollte. Diese Rekommunalisierung dürfte jetzt vom Tisch sein. Das ist für Müllers Image ein Rückschlag, zumal das Scheitern der Fusion die Berliner Enteignungsdiskussion weiter befeuern wird. Der Volksentscheid, der mit Abgeordnetenhauswahl stattfindet, könnte so zu einer schweren Bürde für den nächsten Senat werden. In jedem Fall kann Müller als glücklos bezeichnet werden.

Zum Pech kam noch Inkompetenz: Der krachenden Niederlage des Senats vor dem Bundesverfassungsgericht in Sachen Mietpreisbremse folgt nun mit dem Platzen des Immobiliendeals die zweite Schlappe, in der Müller und sein Finanzsenator Matthias Kollatz durch Sachverstand eine Blamage hätten verhindern können. Hat denn dem Regierenden niemand vorher erklärt, dass eine Fusion die Zustimmung der Eigentümer braucht und dass es gar nicht selten vorkommt, dass die Eigentümer dem Management in die Parade fahren? Die SPD-Granden, die den Deal noch dazu an ihren Koalitionspartnern vorbei eingefädelt hatten, wollten jedoch Wahlkampf machen – koste es, was es wolle. Für die Steuerzahler und für die jungen Mieterinnen und Mieter in der Stadt ist es gut, dass der Deal geplatzt ist – und mit ihm der Milliarden-Rückkauf von maroden Wohnungen. Berlin muss neuen und bezahlbaren Wohnraum für junge Leute schaffen. Der Rückkauf hätte ihnen nicht geholfen. Jetzt besteht die Chance, dass der Senat sich grundrechtskonform, marktgerecht und kostenbewusst neu orientiert.

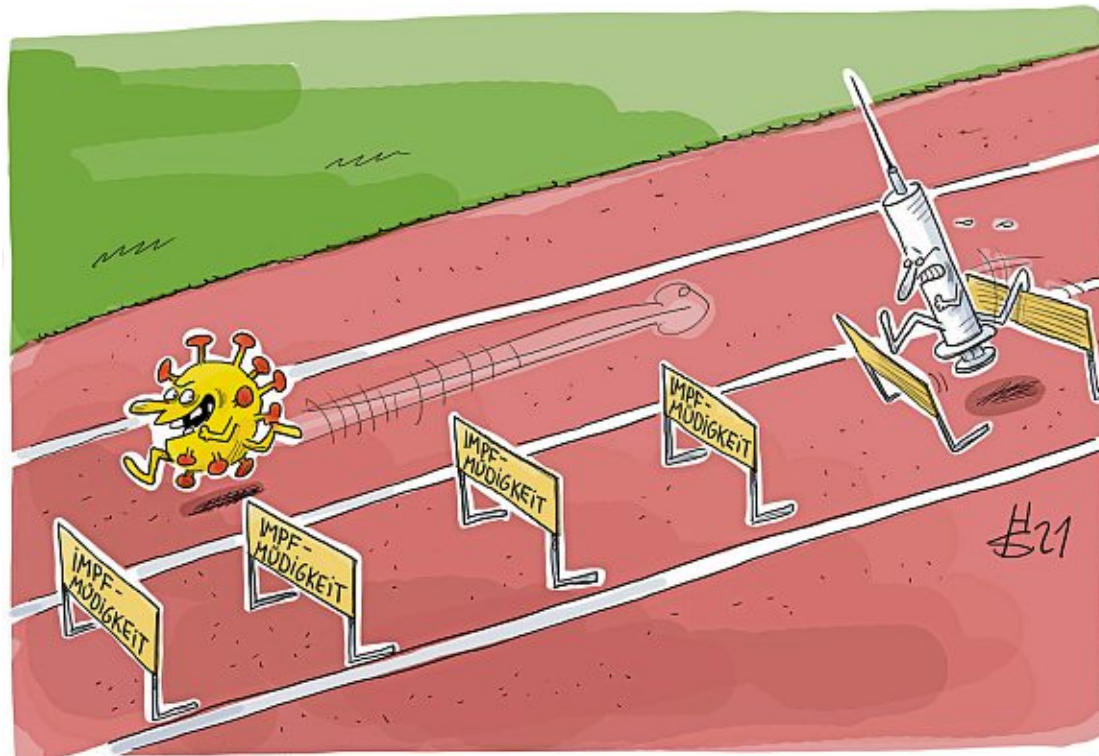
Pandemie

Nicht ohne meine Maske

MARITTA KALEC

Das medizinische Wundermittel des Jahres hat keinen Cent Extra-Entwicklungsaufwand gekostet, ist in Massen schnell und billig produzierbar und nur minimal umweltbelastend. Ein Hoch der Maske! Sie wuchs zur wichtigsten, wirksamen Alltagshilfe in Corona-Zeiten. Nicht mal Impfskeptiker können nörgeln, denn keine verdächtige Substanz gelangt in den Körper, durch Masketragen wächst kein drittes Auge. Klar, ohne Maske fließt – gerade bei Hitze – der Atem leichter, und die allermeisten sehen oben ohne besser aus. Aber der Gesundheitseffekt! Gerade hat die Krankenkasse DAK festgestellt, dass im maskenreichen ersten Halbjahr 2021 nicht nur die Grippe-, sondern gleich die gesamte Erkältungssaison ausgefallen ist. Das Masketragen (plus Abstandhalten) in öffentlichen Bakterien- und Virenverteilstationen wie Bus und Bahn, Geschäften und so fort bewirkte deutlich messbar weniger Schnieferei: Atemwegserkrankungen hatten im ersten Halbjahr 2021 einen Anteil von nur noch 7,1 Prozent am Krankenstand. Im Vorjahreszeitraum waren es 18,3 Prozent.

Daraus lässt sich lernen, Leute! Die asiatischen Länder machen es seit vielen Jahren vor; in Europa belächelte man die Schutzmaßnahmen. Wer hätte sich vor zwei Jahren mit Mundschutz in die U-Bahn gewagt? Jetzt ist der kulturelle Bann gebrochen, nur wenige gucken noch blöd. Wenn Corona etwas Gutes hinterlassen kann, dann die schlichte Entscheidung: Nicht ohne meine Maske. Sie ist ein zivilisatorischer Fortschritt und gehört in die Tasche – wie das Taschentuch – und vors Gesicht, wenn die Umgebung aerosolhaltig ist. Oder wenn – wie in diesen Tagen – die Delta-Welle Schwung aufnimmt, um durch die Gesellschaft der nackten Gesichter zu rollen. Und: Wer weiß, was noch kommt.



Ungleicher Wettbewerb

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Die Bilder erinnern an Szenen, wie man sie bei Tsunamis sieht: weggerissene Häuser, weggespülte Landschaften, zusammengeschobene Berge aus Trümmern, Autos, Holz, Geröll und Dreck aller Art. Das räumliche Ausmaß ist nicht ganz so groß wie an den Küsten eines Ozeans, aber die Kraft ist dieselbe. Man könnte sagen: Deutschland erlebt gerade Sturzfluten, die man als Tsunamis auf dem Lande bezeichnen könnte.

Solche Sturzfluten könnten Deutschland in den nächsten Jahrzehnten noch sehr beschäftigen. Und zwar nicht so sehr in großflächigen Regionen, zum Beispiel in Berlin – obwohl auch hier bei Starkregenfällen Keller, Straßen, Parks und Kleingärten überflutet werden können. Bei dem, was Deutschland wirklich drohen könnte, geht es um ganz andere Dimensionen. Und das Land ist darauf nicht vorbereitet.

Zwar können auch große Flusshochwasser verheerende Schäden anrichten. Man hat es etwa beim Oder-Hochwasser oder den Fluten der Elbe gesehen. Auch sie entstehen durch besondere Wetterlagen – durch ausgedehnte Starkniederschläge von längerer Dauer. Aber man hat bei ihnen eine längere Vorwarnzeit. Man kann sich mit speziellen Maßnahmen und Anlagen besser für das nächste Mal rüsten.

Sturzfluten dagegen entstehen plötzlich – vor allem in Regionen mit Bergen und Hanglagen. Gewiss, sie sind nichts Neues. Es hat sie schon im Mittelalter gegeben, betonen manche, die jeden Zusammenhang mit dem Klimawandel zurückweisen.

Das stimmt. An vielen Orten, in denen es Hänge und Gefälle gibt, ist der friedlich murmelnde Dorfbach irgendwann einmal zum reißenden Strom geworden. Und es gab auch immer wieder verheerende Fluten. Dennoch zeigt sich, dass gerade eine neue Qualität entsteht.

Denn die Fluten werden zerstörerischer. Und sie könnten häufiger kommen. Die jetzige Flut stelle alles bisher Gewesene in den

Flutkatastrophe

Tsunamis auf dem Land



TORSTEN HARMSEN

Schatten, sagt etwa der Hildesheimer Biologe Wolfgang Büchs nach einem Vergleich der heutigen Überschwemmungen im rheinland-pfälzischen Ahrtal mit denen von 1601, 1804 und 1910.

Woran liegt das? Es gab doch immer schon Gewitter und Überflutungen. Und auch Sturzfluten, die unter ganz bestimmten Bedingungen auftreten. Und zwar, wenn zum Beispiel Unwetter länger über einer Region festhängen und nicht weiterziehen. Forscher beobachten aber, dass sich solche Stillstände – genannt Persistenz – seit einiger Zeit häufen. Als Grund wird angegeben, dass das große Luftströmungsband rund um die Nordhalbkugel – der Jetstream – immer öfter schwächelt. Unter anderem als Folge der Erwärmung der Arktis.

Ein anderer Faktor sind die immer höheren Temperaturen an Hitzetagen. Sehr

warme Luft bindet besonders viel Feuchtigkeit. Mitunter seien die Unwetterzellen in Deutschland schon so extrem mit Feuchtigkeit aufgeladen, wie man es sonst nur in Äquatornähe kennt, sagen Forscher. Und wenn große Wassermengen dann länger auf ein Gebiet regnen, verwandeln sich auch kleinere regionale Flüsse wie die Kyll, die Erft und die Ahr in Ströme mit Tsunami-Kraft.

Anders als bei großen Flüssen wie Rhein und Elbe lässt sich kaum vorhersagen, welche Region es treffen könnte. 2016 zum Beispiel wurden Orte wie Braunsbach in Baden-Württemberg und Simbach in Bayern von Sturzfluten nahezu weggeschwemmt. Sie haben noch heute mit dem Wiederaufbau zu tun. Wer wird als Nächstes dran sein?

Diese Frage stellt die am meisten betroffenen Bundesländer – aber auch den Bund – vor große Probleme. Denn niemand besitzt die Mittel, ganze Berg- und Hügellandschaften mit Dämmen, Sperrn und Ableitssystemen umzugestalten, Straßen und Bahntrassen unterspülungssicher zu machen. Das würde Milliarden kosten und viel Zeit brauchen, die man nicht hat.

Auf der anderen Seite gibt es die reale Befürchtung, vielleicht alle paar Jahre in irgendeiner Region Deutschlands Aufbauarbeit wie nach einem Krieg leisten zu müssen. So etwas kann ein ganzes Land in die Knie zwingen.

Auf alle Fälle müssen künftig Todesopfer vermieden werden, indem man die Warnsysteme verbessert. Man muss Rettungs- und Hilffssysteme ausbauen und überlegen, wie Schäden in Orten und Infrastruktur möglichst zu minimieren sind, indem man etwa Fehler der Vergangenheit korrigiert. Zu solchen Fehlern gehören Flurbereinigungen, Bachbegradigungen, Versiegelungen und zu enge Bebauung.

Wie man es aber auch immer dreht und wendet: Durch die zunehmende Energie in der Atmosphäre wird man vermutlich solche Bilder wie in den vergangenen Tagen künftig öfter sehen müssen.

Kolumne

Den Töchtern die Freiheit nehmen

MIRAY CALISKAN

Tante und Onkel vorbeikommen. Es gehört sich, in der Küche mit anzupacken. Sonnabends sollen sie die Wohnung saugen und wischen, statt sich mit Freunden zu treffen. Sie sollen die Beine nicht übereinanderschlagen, wenn ältere Personen neben ihnen sitzen, keine kurzen Shorts oder ärmellosen Oberteile tragen oder sich die Nägel rot lackieren, weil das zu aufreizend wirke. Sie dürfen nicht lange ausgehen. Bei Freunden übernachten? Auf keinen Fall. Beziehungen, mit wem sie wollen? Nein. Beziehungen überhaupt? Nein. Wenn eine junge Frau einen „Fehler“ – was auch immer das sein soll – begeht, wird sie von ihrer Familie regelrecht geächtet.

Das ständige Putzen, das ich bis heute hasse, wurde mir auch aufgetragen – ansonsten gehörte Urlaub mit Freunden genauso zu meinem Leben wie ausgehen. Oder: Tops und bunte Fingernägel. Ich glaube, dass meine „jugendliche Freiheit“ (wie schräg das klingt) verbunden war mit der Tatsache, dass ich immer vor allem deutsche Freunde hatte.

Ich habe sehr viele junge Frauen mit türkischem Migrationshintergrund kennengelernt, vor allem als Kolleginnen in meinen früheren Aushilfsjobs, die von ihrem Leben voller Geheimnisse – vor der eigenen Familie, aber auch vor Freunden und Fremden – erzählten. Da werden Leggings unter dem Rock auf der öffentlichen Toilette schnell abgestreift. Wenn man nicht mit in die Bar gehen darf, hat man „Kopfweg“. Zuzugeben, dass die Eltern es nicht erlauben, ist für viele beschämend.

Viele Frauen lösen sich von ihren Familien, indem sie jung heiraten. Sie hoffen, in der Ehe endlich freier leben zu dürfen. Das verstört mich zutiefst. Das macht mich traurig. Und so wütend.

Viele türkische Familien in Deutschland bekommen die Entwicklungen in den Metropolen der Türkei nicht mit. Wie fortschrittlich das Leben dort ist. Wie groß Emanzipation geschrieben wird. Gleichzeitig versuchen sie das „Moderne“ des Deutschseins, das sie fürchten, von ihrer Familie abzuwenden. Und nehmen dafür ihren Töchtern die Freiheit.

Zitat

„Mir fehlt die Phantasie, welches inhaltliche Angebot Annalena Baerbock der FDP machen könnte, das attraktiver wäre als die Angebote, die Angela Merkel der FDP vor vier Jahren gemacht hat.“

Christian Lindner, FDP-Vorsitzender über die Chancen einer Ampel-Koalition mit SPD und Grünen

Auslese

Amüsement und Todesangst

Nie zuvor standen Olympische Sommerspiele so unter skeptischer Beobachtung. „Weltweit hagelt es Kritik. Wie kann man nur – in diesen Zeiten“, schreibt die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* über die am Freitag eröffnete Großveranstaltung in Tokio, die erstmals in ihrer Geschichte ohne Zuschauer ausgetragen wird. Dass die Spiele trotz der leeren Stadionränge zum Superspreader-Event werden könnten, darauf weist die *Mitteldeutsche Zeitung* hin. „Im Olympischen Dorf treffen sich trotzdem tausende Athleten. Bis Freitag waren rund um die Spiele bereits 106 Fälle registriert worden. Also abschalten, ignorieren? Das IOC hätte es verdient. Aber nicht die Sportler“, so die in Halle erscheinende Zeitung.

Auch die *Neue Osnabrücker Zeitung* betont die Rolle der Sportler: „Für sie sind die Spiele das Größte überhaupt, und so kann sich die olympische Gemeinschaft wieder mehr auf das Wesentliche besinnen. Mit Blick auf all die falschen Entwicklungen des Sports in den vergangenen Jahrzehnten sicher noch nicht mehr als ein frommer Wunsch. Aber vielleicht können gerade die besonderen Umstände in Tokio dabei helfen.“

Die *Süddeutsche Zeitung* geht hart mit den Organisatoren ins Gericht: „Japans Regierung muss hoffen, dass sie die Kontrolle behält über das Virus. Ihre Spiele dürfen nicht als die tödlichsten in die Geschichte eingehen. Und die Fernsehzuschauer im Rest der Welt sollten nicht vergessen: Für ihr zweiwöchiges Sportamüsement geht der Inselstaat Japan an seine Grenzen. Vielleicht sogar darüber hinaus.“ (ost.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÖRSE BERLIN
 Herausgeber: Dr. Michael Maier
 Textredaktion: Bettina Gosack (VSPD)
 Redaktionsleite Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Miller
 Reporter: Ruth Schneberger, Jan Schmidt
 Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz
Resorts
 Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
 Welt & Nationen: Dr. Michael Maier
 Wirtschafts & Verantwortung: Katharina Brienne
 Kultur: Harry Nutt
Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneberger
Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt
News: Philippe Debonne
Chef Fotoredaktion: Paulus Ponizak
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
Chef Print: Ingo Preißler
Art Direktion Print: Heike Fischer
Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-bz@berlinerzeitung.de
Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH
Geschäftsführung BV Berliner Tageszeitungen GmbH:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Verlag: Berliner Verlag GmbH:
Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller
 Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33
 Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung:
 Dr. Mirko Schiefelbein, Edzard Maske
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de
 Es gilt Anzeigenpreisliste gültig seit 1.1.2021.
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH.
 Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Christoph Stiller
 Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
 Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de
 Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung werktätlich Mo-Fr
 sowie als Wochenendausgabe samstagslich im Berliner Verlag.
 Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie
 jederzeit Zugang zu allen Artikel auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer
 Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpf (Streik/Aussperrung) besteht
 kein Bellerungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.